

# PRESSEMITTEILUNG

## PRESSEMITTEILUNG

Hochschulpolitik

Nr. 190/14 vom 01. April 2014

### **Daniel Günther zur Lehrkräfteausbildung: Die Wissenschaftsministerin hat die Universität Kiel, den Bildungsausschuss und die Öffentlichkeit getäuscht**

Der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Daniel Günther, hat Wissenschaftsministerin Professor Waltraud Wende angesichts der Widersprüche ihrer gestrigen Pressemitteilung mit der heutigen (01. April 2014) Presseberichterstattung über die Neuordnung der Lehrkräfteausbildung eine bewusste Täuschung der Universität Kiel, des Bildungsausschusses und der Öffentlichkeit vorgeworfen:

„Noch in der gestrigen Pressemitteilung hat Wende wie bereits im gemeinsam mit den beiden Universitätspräsidenten im September letzten Jahres vorgestellten Eckpunktepapier von sieben Studienfächern gesprochen, die an der Universität Flensburg auf das Niveau der Sekundarstufe II angehoben werden sollen. Den Kieler Nachrichten ist heute morgen zu entnehmen, dass es 13 sein werden. Das wird die Lehramtsausbildung an der Christian Albrechts Universität massiv gefährden“, so Günther.

Dies sei ein klarer Verstoß gegen die mit beiden Universitäten vereinbarten Eckpunkte, in denen noch von der Prüfung der Einführung „ressourcenneutraler“ Studiengänge „Naturwissenschaften“ und „Weltkunde“ die Rede gewesen sei.

Günther: „Statt dessen gibt es jetzt noch einmal sechs Studiengänge zusätzlich, die entsprechendes Geld kosten werden.“

Die Wissenschaftsministerin sei mit ihren neuen Plänen genau wie bei der Beschlussfassung über das neue Schulgesetz im haushaltspolitischen Blindflug unterwegs.

„Beim Schulgesetz haben SPD, Grüne und SSW einen Mehrbedarf von deutlich über 1000 Lehrern geschaffen, die es nicht gibt. Und auch jetzt weiß Wende nicht, wo das zusätzliche Geld für die Lehrkräfteausbildung herkommen soll. Ein Konzept für die künftige Besoldung der Einheitslehrer hat sie nicht. Das wird SPD, Grüne und SSW natürlich nicht daran hindern, auch diese Pläne im Parlament abzunicken. Solch eine Politik ist verantwortungslos“, so der CDU-Abgeordnete.